



# GESUNDHEIT FÜR ALLE

## Wie medizinische Teilhabe wohnungsloser Menschen gelingen kann

Wohnungslose Menschen leben unter herausfordernden Bedingungen: fehlender Rückzugsraum, mangelhafte hygienische Möglichkeiten, psychische Belastungen und schwierige Wohnverhältnisse wirken sich stark auf die Gesundheit aus. Viele erhalten medizinische Hilfe erst in akuten Notlagen. Gleichzeitig zeigen Erfahrungen aus der Praxis: Mit gezielter Unterstützung, besseren Schnittstellen und rechtlich sicheren Zugängen lässt sich die gesundheitliche Situation der Menschen spürbar verbessern.



Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.

# GESUNDHEIT FÜR ALLE



## Zugänge zur Gesundheitsversorgung ermöglichen

Der Zugang zu medizinischer Behandlung ist für wohnungslose Menschen oft erschwert – sei es durch fehlende Krankenversicherung, unklare Rechtslagen oder die Angst vor Stigmatisierung. Umso wichtiger sind niedrighschwellige, verlässliche Strukturen, die Orientierung und Sicherheit bieten.

### Mögliche Maßnahmen:

- **Clearingstellen flächendeckend einrichten**, um Versicherungsansprüche zu klären oder wiederherzustellen
- **Ein landesweiter Behandlungsfonds** kann eine medizinische Grundversorgung für nicht-versicherte Menschen sichern
- **Medizinische Fachkräfte sensibilisieren** für wohnungslose Lebenslagen und potenzielle Barrieren
- **Mobile, aufsuchende Versorgungsangebote stärken**, z. B. durch multiprofessionelle Teams vor Ort



## Passgenaue Angebote für besondere Bedarfe

Viele Menschen in Wohnungsnot haben komplexe, oft langjährige gesundheitliche Einschränkungen. Klassische Pflegeangebote oder reguläre medizinische Einrichtungen gehen häufig am Bedarf vorbei. Es braucht flexible Hilfen, die die Lebensumstände dieser Menschen mitdenken und hier gezielt ansetzen.

### Mögliche Maßnahmen:

- **Langzeitunterbringung mit medizinischer Anbindung** innerhalb der Wohnungsnotfallhilfe ermöglichen
- **Pflegedienste für Kooperation** gewinnen, auch für Einsätze in Unterkünften oder aufsuchende Betreuung
- **Barrierefreier Ausbau von Notunterkünften** und Übergangswohnungen fördern
- **Mehr sozialtherapeutische und palliative Angebote** innerhalb bestehender Strukturen schaffen



## Weiterbehandlung nach Klinikaufhalten sicherstellen

Eine gute Krankenhausbehandlung darf nicht mit der Entlassung enden. Gerade wohnungslose Menschen sind nach einem Klinikaufenthalt auf abgestimmte Nachsorge angewiesen. Wird diese nicht gesichert, drohen Rückfälle, Chronifizierungen oder weitere Belastungen – für die Betroffenen und auch das Gesundheitssystem. **Mögliche Maßnahmen:**

- **Entlassmanagement nach §39 SGB V konsequent umsetzen**, auch ohne feste Adresse
- **Krankenhäuser, Kommunen und Einrichtungen besser vernetzen** (z. B. durch runde Tische)
- **Lokale Versorgungsketten stärken**, etwa über Gesundheitsämter oder sozialpsychiatrische Dienste
- **Akutversorgung auch ohne Versicherung ermöglichen**, z. B. über einen Landesfonds



## Menschen mit psychischen Erkrankungen gezielt versorgen

Studien zeigen, dass psychische Erkrankungen bei wohnungslosen Menschen deutlich häufiger auftreten als in der Allgemeinbevölkerung. Doch passende Versorgungsangebote fehlen oft – sowohl in Einrichtungen als auch im ambulanten Bereich. Hier braucht es spezialisierte, niedrigschwellige Hilfen. **Mögliche Maßnahmen:**

- **Spezialisierte Angebote schaffen**, die auch bei fehlender Krankheitseinsicht Unterstützung bieten
- **Personal in Einrichtungen fortbilden** und Betreuungsschlüssel anpassen
- **Finanzierung von Schutzmaßnahmen und Gewaltprävention** sicherstellen
- **Schnellere Verfahren für gesetzliche Betreuung ermöglichen**, unterstützt durch vernetzte Dienste



## Zugang zur Eingliederungshilfe erleichtern

Menschen mit psychischen Erkrankungen und besonderen sozialen Schwierigkeiten finden nur schwer Zugang zu Angeboten der Eingliederungshilfe. Oft sind Verfahren zu langwierig oder nicht auf die Lebenssituation der Betroffenen abgestimmt. Hier können pragmatische Lösungen helfen. **Mögliche Maßnahmen:**

- **Begutachtungsverfahren vereinfachen und beschleunigen**, auch innerhalb der Wohnungsnotfallhilfe
- **Angebote aus Eingliederungshilfe und §67 SGB XII besser kombinieren**
- **Modellprojekte fördern**, die ganzheitlich arbeiten und auf die Lebensrealität der Menschen eingehen

Der Arbeitskreis „Grundsatz und Sozialpolitik“ befasst sich mit sozialpolitischen Grundsatzthemen. Dazu gehören Fragen nach der Zukunft des Sozialstaates und dem Wandel der Wohlfahrtsverbände, Freiwilliges Engagement, genauso wie Begleitung bei der Umsetzung der Kommunalisierung in Hessen. Zu weiteren Themenschwerpunkten des Arbeitskreises gehören: Wohnungsnotfallhilfe, Schuldnerberatung, Arbeitsmarktpolitik sowie Straffälligenhilfe und Gemeinwesenarbeit & Stadtteilentwicklung.

Vorsitzender des Arbeitskreises „Grundsatz und Sozialpolitik“ ist

**Jörg Klärner** (Liga-Gesamtvorstand, Caritasdirektor für die Diözese Limburg e.V.)

Sprecherin der Fachgruppe Wohnungsnotfallhilfe ist:

**Katharina Alborea** (Diakonie Hessen) | Telefon: 069 7947-6282 | E-Mail:  
katharina.alborea@diakonie-hessen.de

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.

Luisenstraße 26 | 65185 Wiesbaden | Telefon 0611 3081434 | [info@liga-hessen.de](mailto:info@liga-hessen.de)

# GEMEINSAM GESTALTEN: GESUNDHEIT IST TEILHABE



Gesundheit ist mehr als Versorgung – sie ist Voraussetzung für Teilhabe, Würde und Stabilität. Gemeinsam mit politischen Entscheidungsträger\*innen, Trägern der Gesundheitsversorgung und kommunalen Akteur\*innen können wir die gesundheitliche Situation wohnungsloser Menschen nachhaltig verbessern. Als Wohlfahrtsverbände und Träger der Wohnungsnotfallhilfe bringen wir unser Wissen und unser Hilfe-Netzwerk gerne mit ein.

[www.liga-hessen.de](http://www.liga-hessen.de)



Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.